Foto: APA / Helmut Fohringer

Seit Anfang Oktober tourt FPÖ-Chef Herbert Kickl im Rahmen der blauen „Heimattour“ durch das ganze Land.

Verbale Entgleisungen auf „Heimattour“

Auf Veranstaltungen kündigen blaue Politiker an, dass man eine Landesrätin „herprügeln“ und Journalisten „Benehmen“ lehren wolle. Zeitungen könnten mit einer Schere „zerschnippelt“ werden.

Sandra Schieder

Seit nunmehr einem Monat tourt FPÖ-Chef Herbert Kickl im Rahmen der blauen „Heimattour“ durch die Lande und tritt bei von der Partei organisierten Veranstaltungen auf – an seiner Seite befindet sich nicht nur Generalsekretär Michael Schnedlitz, sondern stets auch der jeweilige blaue Landesparteichef. Und dabei werden nicht nur verbal die Messer gegen den politischen Mitbewerb, „selbsternannte Eliten“, unbotmäßige Medien sowie Asylwerberinnen und -werber gewetzt.

Tatsächlich ruft die FPÖ ihre Anhängerinnen und Anhänger nämlich dazu auf, ihre stumpfen Messer und Scheren mit zu den blauen Veranstaltungen zu bringen – und zwar, um diese vor Ort „von einem Profi“ schleifen zu lassen und „scharf“ mit nach Hause zu nehmen.

Die *Kleine Zeitung* kritisierte diese Praxis unlängst in einem Kommentar – was Kickl bei der „Heimattour“, die am Wochenende in Kärnten Station gemacht hatte, zu einer ordentlichen Medienschelte veranlasst hatte. Diese würde „so einen Schmarrn zusammenschmieren“, „nicht ganz bei Verstand“ und „verzweifelt oder verbittert“ sein, zitiert die *Kleine Zeitung* den blauen Parteichef. Aber zum Glück könne man ja mit einer frisch geschliffenen Schere „eine Zeitung zerschnippeln, die nur Blödsinn schreibt“.

Landesrätin „herprügeln“

Kickls Sager war an diesem Wochenende nicht der einzige, der für Empörung gesorgt hatte. Einen Sturm der Entrüstung rief auch eine Aussage des Kärntner FPÖ-Chefs Erwin Angerer hervor. Dieser hatte bei der Veranstaltung Missstände im Gesundheitsbereich thematisiert – und für diese Landesrätin Beate Prettner (SPÖ) verantwortlich gemacht. „Dafür werden wir sie im Landtag herprügeln“, sagte er im Beisein Kickls.

Am Dienstag hatte Angerer schließlich eigens eine Pressekonferenz zum Thema einberufen. Darin sprach er von einer „ungerechtfertigten Unterstellung“, dass er Gewalt angekündigt hätte, die Causa sei „skandalisiert und aufgeblasen“ worden. Er lasse sich „nicht vorwerfen, dass ich zu Gewalt aufgerufen oder damit gedroht hätte“. Er hätte „nichts anderes gemeint als die politische Auseinandersetzung im Landtag“. Wenn aber „eine Frau das Gefühl haben sollte, dass ich Gewalt ausüben wollte, tut mir das zutiefst leid“. Und wenn er „die Zeit zurückdrehen könnte, würde ich ein anders Wort verwenden, dann könnten wir uns das ersparen“.

„Benehmen“ lehren

Heftige Kritik hatte Ende Oktober auch Oberösterreichs FPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner mit einer Aussage ausgelöst – diese ist ebenfalls im Rahmen der „Heimattour“ an der Seite von Kickl gefallen, und zwar in Micheldorf in Oberösterreich. „Unter einem freiheitlichen Kanzler Kickl werden so einige wieder das Benehmen lernen: vom Journalisten bis zum Islamisten“, drohte Haimbuchner den Medien.

Für Aufregung sorgte außerdem ein kurzer Spot auf Facebook und Tiktok – ebenfalls von Haimbuchner. In diesem greift der Politiker die nach Österreich importierte Halloween-Tradition, in deren Rahmen Kinder von Haus zu Haus ziehen und mit dem Spruch „Süßes oder Saures“ um Leckereien bitten, auf. „Halloween ist eigentlich wie jeder andere Tag in Österreich auch. Irgendwelche Fremde ziehen von Haus zu Haus und wollen etwas gratis. Wenn es nach mir ginge, würden sie nichts mehr bekommen“, sagt Haimbuchner in dem Spot.

Der Politiker erntete dafür Häme und Kritik in den sozialen Medien und vom politischen Gegner. Dass dabei Kinder verunglimpft werden, regte viele Nutzerinnen und Nutzer auf. Die FPÖ verteidigte das Video, die zweideutigen und überspitzten Formulierungen würden sich natürlich auf die illegale Migration beziehen, nicht auf Kinder.

„Kamel kann Kanzler sein“

Ihre Auftaktveranstaltung hatte die „Heimattour“ der FPÖ übrigens Anfang Oktober beim Hartberger Oktoberfest in der Steiermark. Dort wurde ORF-Satiriker Peter Klien von einem FPÖ-Sicherheitsmann in den Schwitzkasten genommen – was für Entsetzen sorgte.

Sein Fett bekam im bis auf den letzten Platz gefüllten Festzelt unter anderem auch Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) ab, der zuvor am Ausseer Kirtag ein „gewässertes“ Bier getrunken hatte. „Wenn das die Glanzleistung des Bundeskanzlers ist, ein Glas Wasser mit Bierschaum auf Ex auszutrinken, kann jedes Kamel auch Bundeskanzler sein“, höhnte Kickl.

Kommentar Seite 28

Politischer Schlagabtausch über Integrationspolitik

Kritik an Doskozil, der seinerseits austeilt

Wien – FPÖ-Chef Herbert Kickl übte am Dienstag scharfe Kritik an den Aussagen des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Peter Doskozil (SPÖ), der seinerseits die falsche Migrationspolitik für den Anstieg des Antisemitismus verantwortlich gemacht hatte. „Wenn Doskozil die Zunahme des Antisemitismus beklagt, dann kommt das de facto einer Selbstanklage gleich. ÖVP und SPÖ haben 2015 eine Politik der offenen Grenzen betrieben. Die antisemitischen Kundgebungen von heute sind das Ergebnis der ungezügelten Einwanderungspolitik“, behauptete Kickl. In seinen Augen sei Doskozil selbst ein „Willkommensklatscher“.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker macht in der Debatte „SPÖ-Grabenkämpfe“ fest. Die Risse innerhalb der Sozialdemokratie würden Tag für Tag offensichtlicher. „Andreas Babler treibt seine Partei in die politische Bedeutungslosigkeit“, sagte Stocker mit Verweis auf die unterschiedlichen Linien Doskozils und Bablers in Sachen Migration. Auch die SPÖ-Chefs von Wien, Michael Ludwig, und Tirol, Georg Dornauer, würden „der marxistischen Politik“ Bablers immer wieder eine deutliche Absage erteilen.

„Falsche Politik“

Doskozil hatte erklärt, er halte die aktuell vor allem in von der ÖVP regierten Bundesländern geführte Diskussion über einen Wertekodex für Asylwerber für „angebracht“. Der Anstieg antisemitischer Straftaten nach der Eskalation im Nahen Osten sei zum Gutteil „Ausfluss einer falschen Migrationspolitik und einer falschen Integrationspolitik“. Bei der Integration sieht Doskozil Bund, aber auch Länder in der Pflicht.

Zur Lösung des „Migrationsproblems“ brauche es Verfahrenszentren außerhalb der Europäischen Union, warb er für sein mit Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser für die SPÖ entwickeltes Modell. Repressive Maßnahmen wie schärfere Grenzkontrollen seien keine Lösung, das Verfahrenssystem müsse umgestellt werden, so Doskozil beim Business-Talk der Beratungsagentur C3.

Die Vorarlberger ÖVP hatte vergangene Woche einen „Vorarlberg-Kodex“ präsentiert, den Migranten und Flüchtlinge unterschreiben müssten und der sie unter anderem zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet. Auch in Tirol denkt man in diese Richtung. Er sei „offen für den Vorstoß“ aus Vorarlberg, erklärte Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP). Schließlich seien „Sprache und Beschäftigung der Schlüssel für eine gelungene Integration.“ Ähnliche Töne kamen auch aus den anderen VP-geführten Ländern. (red)

Antisemitische Bücher aus Verkauf genommen

Werke auf Wiener Esoterikmesse nach STANDARD-Bericht nicht mehr erhältlich

Martin Tschiderer

Bei der zweimal jährlich stattfindenden Esoterikmesse in der Wiener Stadthalle findet sich kaum wissenschaftlich Belegbares. In aller Regel fällt das Angebot aber unter die Erwerbsfreiheit – und ist meist eher harmlos. Bis zu den Messeterminen im Vorjahr waren allerdings auch Bücher mit antisemitischen Verschwörungstheorien wie jene des amtsbekannten Autors Jan van Helsing erhältlich – DER STANDARD berichtete. Nach Anfragen bei der Wiener Stadthalle, dem Büro von Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke, dem die Stadthalle unterstellt ist, und dem Veranstalter der Esoterikmesse werden die Bücher aber nicht mehr verkauft, wie auch ein Lokalaugenschein bei der jüngsten Auflage der Messe am Wochenende bestätigte. Der deutsche Buchhändler, auf dessen Messestand die einschlägigen Werke angeboten wurden, habe sich von sich aus entschlossen, die Bücher von van Helsing und einige ähnliche Werke in Wien nicht mehr zu verkaufen, sagte Messeveranstalter Franz Prohaska.

Langfassung: dSt.at/Panorama